

Per Mail: dv.voelkerrecht@eda.admin.ch

Bern, 11. Dezember 2025

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Die Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» verlangt, dass die Neutralität der Schweiz als immerwährend und bewaffnet in der Verfassung verankert wird. Sie untersagt den Beitritt zu Militärbündnissen, die Teilnahme an militärischen Konflikten sowie die Übernahme nichtmilitärischer Zwangsmassnahmen (bspw. Wirtschaftssanktionen) ausserhalb der UNO. Der direkte Gegenentwurf des Ständerates übernimmt den Grundsatz der bewaffneten und immerwährenden Neutralität, betont jedoch deren instrumentellen Charakter: Die Neutralität soll der Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit der Schweiz sowie der Verhinderung und Lösung von Konflikten dienen und die Vermittlerrolle der Schweiz stärken.

Position der Mitte:

Nein zur Anti-Sanktions- und Anti-Kooperationsinitiative aus SVP-Kreisen

Die Mitte lehnt die Neutralitätsinitiative ab, welche die integrale (oder absolute) Neutralität in der Verfassung verankern will. Als Anti-Sanktionsinitiative verfolgt diese das primäre Ziel, dem Bundesrat zu verbieten, sich künftig an Sanktionen unserer wichtigsten Handelspartner zu beteiligen – lediglich Sanktionen des UN-Sicherheitsrates sollen noch übernommen werden können. Da sich in diesem Gremium die Grossmächte jedoch ständig gegenseitig mit Vetos blockieren, ist dieser Vorschlag des SVP-nahen Initiativkomitees in den Augen der Mitte schlicht eine Mogelpackung. Die Blockade des Sicherheitsrates nach dem russischen Überfall auf die Ukraine (oder beispielsweise auch nach den Giftgasangriffen Baschar al-Assads auf die syrische Zivilbevölkerung) führt diese Systemschwäche klar vor Augen. Gerade in solchen Fällen liegt es nach Ansicht der Mitte im Interesse der Schweiz – und dient unserer eigenen Sicherheit – sich an der Seite unserer Wertepartner gegen solche eklatanten Verstösse des völkerrechtlichen Gewaltverbots zu stellen. Vor diesem Hintergrund hatte Die Mitte nach Ausbruch des Ukraine-Krieges umgehend vom Bundesrat gefordert, Verantwortung zu übernehmen und sich solidarisch mit der Ukraine zu zeigen. Die Übernahme der EU-Sanktionen war daher folgerichtig und wird von der Mitte weiterhin klar unterstützt. Als Teil der westlichen Rechtsstaats-, Sicherheits- und Wertearchitektur muss die Schweiz aus ihrem ureigensten Interesse mit Nachdruck für das Völkerrecht eintreten und darf sich auch in Zukunft nicht mit einem selbst auferlegten und starren Neutralitätsverständnis aus der Verantwortung ziehen – das steht für Die Mitte ausser Zweifel.

Zusätzlich will die Initiative internationale Kooperationen in Verteidigungsfragen erschweren bis verunmöglichen. Der Initiativtext gestattet lediglich eine Kooperation, wenn ein militärischer Angriff auf die Schweiz bereits unmittelbar bevorsteht oder konkret vorbereitet wird. Die heutige Praxis der präventiven Zusammenarbeit mit den NATO- und EU-Staaten wäre damit nicht mehr zulässig. Das Bedrohungsverständnis des Initiativkomitees wirkt damit völlig aus der Zeit gefallen, denn weder beginnt die Kriegsführung im 21. Jahrhundert erst an der eigenen Landesgrenze noch lässt es die technische Komplexität moderner Waffensysteme zu, dass lediglich ad-hoc-Kooperationen in letzter Minute eingegangen werden. Besonders dem Einsatz weitreichender Abstandswaffen gegen kritische Infrastrukturen der Schweiz, oder einem grossflächig angelegten

Cyberangriff, kann die Schweiz nach Ansicht der Mitte nur im Verbund mit anderen Staaten effektiv entgegenwirken. Der Isolationismus, den die Initiative verfolgt, würde dies verunmöglichen und die Sicherheit des Landes gefährden. Auch aufgrund dieser Erwägungen lehnt Die Mitte die Neutralitätsinitiative klar ab.

Ja zum direkten Gegenentwurf des Ständerates

Nichtsdestotrotz hält es Die Mitte für angezeigt, die bestehende Verfassungswirklichkeit anzuerkennen und die Neutralität als Instrument der Schweizer Aussenpolitik zu kodifizieren. Der Grundsatz lautet dabei, dass wichtige Verfassungsprinzipien materiell konkretisiert werden sollten. Ein solches Vorgehen ist nicht ohne Beispiel – schon 2004 anlässlich einer Teilrevision der Bundesverfassung kodifizierte die Stimmbevölkerung in Art. 5a der BV eine zentrale föderalistische Handlungsmaxime, das Subsidiaritätsprinzip, welche bis dahin lediglich ungeschriebenes Verfassungsrecht war. Der von der Mitte im Ständerat beantragte direkte Gegenentwurf zur Neutralitätsinitiative geht den gleichen Weg, indem er einerseits – analog zum Initiativtext – anerkennt, dass die Schweiz neutral und ihre Neutralität immerwährend und bewaffnet ist. Die Mitte spricht sich an dieser Stelle jedoch dafür aus, den Begriff «immerwährend» (*perpétuelle*) durch «dauernd» (*permanente*) zu ersetzen, da letzterer dem heutigen Sprachgebrauch besser entspricht. Andererseits würdigt der direkte Gegenvorschlag den instrumentellen Charakter unserer Neutralität – das heisst, die Neutralität soll nicht ein Selbstzweck sein, sondern ein Mittel, um die Unabhängigkeit und Sicherheit der Schweiz zu wahren. Gleichzeitig hebt der direkte Gegenentwurf den elementaren Beitrag hervor, welchen die neutrale Schweiz zur Konfliktverhinderung und -lösung heute leistet.

Mit dem direkten Gegenentwurf des Ständerates hält die gängige schweizerische Neutralitätspraxis Einzug in die Verfassung, ohne den Bundesrat unnötig in seiner Handlungsfreiheit zu beschränken. Dieser Vorschlag bietet dem Stimmvolk, im Gegensatz zur rückwärtsgewandten Initiative, die Möglichkeit, sich für eine zukunftsgerichtete Neutralität auszusprechen. Die Mitte stellt sich daher klar hinter den direkten Gegenentwurf – für eine Neutralität mit Verantwortung und Solidarität.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Philipp Matthias Bregy
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Blaise Fasel
Generalsekretär Die Mitte Schweiz